



Niederschrift über die 7. Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit am 4. November 2025

Sitzungsraum: Raum 126/127 der Kreisverwaltung, Carl-Heydemann-Ring 67
in 18437 Stralsund

Sitzungsdauer: 18:00 - 19:58 Uhr

Anwesenheit:

Kreistagsmitglied

Herr Ulf Braum

Frau Dr. Carmen Kannengießer

Frau Dr. Doris Schmutzer

Frau Simone Wagner

Frau Andrea Zachow

Übernahme der Sitzungsleitung

Sachkundige Einwohner/-in

Herr Gerold Ahrens

Frau Gundela Knäbe

Frau Petra Pfeifer

Herr Mirko Plötz

Frau Sandra Schröder-Köhler

Herr Volker Schulz

Stellvertreter/-in

Herr Frank Fanter

Herr Andreas Kuhn

Frau Susanna Masur

Von der Verwaltung

Frau Kathrin Meyer

Frau Dr. Christine Braun

Frau Dörte Heinrich

Herr Stefan Brunke

Herr Jörg Heusler

Frau Antje Jaster

Frau Heike Karnatz

Herr Hannes Arndt

1. Stellv. des Landrates
Gleichstellungsbeauftragte

FBL 2

FDL Soziales

FDL Gesundheit

FDL Ausländer/Asylrecht

FDL Finanzen

SB Kreistagsangelegenheiten

Gäste

Frau Jenny Köppen

Hebammenanker am Sund

Es fehlen:

Vorsitzende

Frau Sandra Graf

entschuldigt

Kreistagsmitglied

Herr Harry Glawe

entschuldigt

Herr Sebastian Koesling

entschuldigt

Sachkundige Einwohner/-in

Frau Kathrin Bischoff

entschuldigt

Tagesordnung**- Öffentlicher Teil -**

1. Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
2. Einwohnerfragestunde
3. Bestätigung der Tagesordnung
4. Kenntnisnahme der Niederschrift vom 2. September 2025
5. Bestellung der Protokollführung und Stellvertretung für den Ausschuss für Soziales und Gesundheit BV/4/0140
6. Haushaltssatzung des Landkreises Vorpommern-Rügen für den Haushalt 2026 BV/4/0155
7. Vorstellung der Integrationsbeauftragten Frau Frauke Schüler
8. Beratung zum Beschluss des Kreistages zum Dringlichkeitsantrag der Kreistagsfraktionen DIE LINKE, CDU+: "Erhalt der Geburtshilfe in Stralsund - Solidarität mit den Beleghebammen im Krankenhaus Stralsund"
9. Bericht der Arbeitsgruppe im Rahmen der ärztlichen/zahnmedizinischen Versorgung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit
10. Abstimmung der Sitzungstermine des Ausschusses für Soziales und Gesundheit für 2026
11. Anfragen
12. Mitteilungen

- Nichtöffentlicher Teil -

13. Bestätigung der nichtöffentlichen Tagesordnung
14. Kenntnisnahme der nichtöffentlichen Niederschrift vom 2. September 2025
15. Anfragen
16. Mitteilungen

Sitzungsergebnis**- Im öffentlichen Teil -**

1. Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Frau Dr. Schmutzer eröffnet als 1. stellvertretende Ausschussvorsitzende die 7. Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit und begrüßt die Anwesenden.

Sie stellt fest, dass zur Sitzung ordnungsgemäß geladen wurde und 14 von 15 Ausschussmitglieder anwesend sind. **Frau Dr. Schmutzer** stellt somit die Beschlussfähigkeit fest.

2. Einwohnerfragestunde

Einwohnerfragen werden nicht vorgetragen.

3. Bestätigung der Tagesordnung

Der Ausschuss für Soziales und Gesundheit stimmt der vorliegenden Tagesordnung einstimmig zu.

4. Kenntnisnahme der Niederschrift vom 2. September 2025

Anmerkungen zu der Niederschrift werden nicht vorgetragen.

Der Ausschuss für Soziales und Gesundheit nimmt die öffentliche Niederschrift vom 2. September 2025 zur Kenntnis.

5. Bestellung der Protokollführung und Stellvertretung für den Ausschuss für Soziales und Gesundheit Vorlage: BV/4/0140

Redebedarf besteht nicht.

Frau Dr. Schmutzer bittet um Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Soziales und Gesundheit beschließt:

1. Der Ausschuss für Soziales und Gesundheit bestellt Herrn Bastian Köhler als Protokollführer ab.
2. Der Ausschuss für Soziales und Gesundheit bestellt Herrn Hannes Arndt zum Protokollführer.

Abstimmungsergebnis. einstimmig zugestimmt

6. Haushaltssatzung des Landkreises Vorpommern-Rügen für den Haushalt 2026 Vorlage: BV/4/0155

Frau Karnatz stellt anhand einer PowerPoint-Präsentation eine allgemeine Übersicht über die aktuelle Haushaltsplanung für das Jahr 2026 vor.
(siehe Anlage: PPP_Ausschuss_Soziales_Gesundheit)

Herr Brunke stellt die Haushaltsplanung des Fachdienstes Soziales anhand einer PowerPoint-Präsentation vor. (siehe Anlage: PP Präsentation HHPL 2026 Stand 29-10-25)

Herr Heusler stellt den Haushalt des Fachdienstes Gesundheit vor und berichtet, dass in den einzelnen Bereichen des Fachdienstes nur begrenzt Mittel zur Verfügung stünden. Die Ein- und Ausgaben würden sich insbesondere aus dem amtsärztlichen Dienst ergeben, etwa durch Gebühren für Begutachtungen, Impfungen und Bescheinigungen sowie dem Bereich Hygiene, in dem die wesentlichen Mittelzuflüsse verzeichnet werden. Die Einnahmen belaufen sich ca. um 400.000 Euro, davon entfielen 140.000 Euro für Laborkosten und etwa 50.000 Euro auf Impfleistungen. Zudem gebe es einzelne Posten, die haushaltstechnisch lediglich durchlaufende Gelder darstellen, wie z. B. die Landesmittel für Familienhebammen in Höhe von ca. 52.000 Euro. Diese Mittel würden in voller Höhe vom Land erstattet, was auch den Hebammen 1:1 ausgezahlt werde. Der Anspruch der Honorarkräfte aus dem Sana Krankenhaus sei auch vom Landkreis gesenkt worden. Die Größenordnung der Planzahlen 2027 liege in der Größenordnung bei dem was 2020 war.

Frau Jaster stellt die Haushaltsplanung des Fachdienstes Ausländer- und Asylrecht anhand einer PowerPoint-Präsentation eine allgemeine Übersicht über die aktuelle Haushaltsplanung für das Jahr 2026 vor. *(siehe Anlage: 240123_SGA HH 2025 FD35neu)*

Auf Nachfrage von **Frau Dr. Kannengießer** warum der Anspruch auf Aufenthaltstitel nicht erreicht werden konnte, erklärt **Frau Jaster**, dass dies 46 Personen betreffe, die zurück ins Asylbewerberleistungsgesetz zurückgefallen seien. Hier haben größtenteils Großfamilien Probleme den Lebensunterhalt selbst zu sichern und einige haben Probleme, in der Zeit von 18 Monaten, die Identität nachzuweisen.

Frau Meyer berichtet, dass die Personen schon länger Zeit haben die Identität zu klären, zusätzlich zu den 18 Monaten. Mit dem Chancenaufenthalt werde den Menschen die Chance gegeben, die Monate zu nutzen und den Lebensunterhalt nachzuweisen.

Es sei nicht in der ganzen EU so sondern in Deutschland, sagt **Frau Meyer** auf Nachfrage von **Frau Dr. Kannengießer**. Dies sei eine Art Spurwechsel, um den Menschen noch eine Chance zu geben, um die Monate zu nutzen. Ein prozentueller Anteil müsse Grundlage sein, den Lebensunterhalt zu sichern. Die richtige Konsequenz sei nicht die, die Landkreise mit der Finanzierung allein zu lassen.

Der Landkreis zahle 1:1 die Krankenleistung. Im Fall eines Krebspatienten oder Dialysepatienten erhöhe dies die Kosten enorm, führt **Frau Jaster** aus.

Frau Meyer ergänzt, dass diese Finanzierungslücke damals schon erkannt worden sei und man hier bei sei, diese zu schließen.

Frau Jaster berichtet über die internen Arbeitsgelegenheiten. Diese seien erstattungsfähig. Die sonstigen Leistungen wie besondere Bedürfnisse von Kindern, Erstausstattung etc. -hier könne ein Zuschuss beantragt werden.

Der Ausschuss für Gesundheit und Soziales nimmt die Haushaltssatzung des Landkreises V-R zur Kenntnis.

Weitere Fragen gibt es nicht.

7. Vorstellung der Integrationsbeauftragten Frau Frauke Schüler

Frau Schüler stellt die Arbeit der Integrationsbeauftragten anhand einer Power-Point-Präsentation vor. (siehe Anlage: PPP_Integrationsbeauftragte)

Frau Dr. Kannengießer hinterfragt die Anfrage eines Deutschkurses und die Förderung für EU-Leute, da sie seit zwei Jahren eine Familie aus Rumänien betreut, die vom ersten Tag an gearbeitet hat, um ein anderes Leben führen zu können. Aufgrund noch nicht ausreichender Deutschkenntnisse sei ein Deutschkurs angefragt worden. Hier habe man nie wieder etwas von gehört bzw. eine Antwort erhalten. Die zweite Frage richte sich danach, ob den Leuten auch mitgegeben werde, dass ein gewisses Einbringen, um einen entsprechenden Standard führen zu können, notwendig sei. Es entstehe das Gefühl, dass diese Bemühungen nicht geleistet werden, wenn eine Identitätsnachweisbarkeit auch nach 18 Monaten nicht erfolgt.

Frau Meyer teilt mit, dass der Landkreis die Bedenken zu z. B. Gesetzesänderungen vorgetragen habe. Es sei eine Bewegung da aber durch das große Engagement vor Ort aller, insbesondere was auch ein Teil durch die runden Tische beigetragen werde, sei der Landkreis sehr dankbar darüber, einen relativ gesellschaftlichen Frieden im Landkreis zu haben. Es werde viel getan, dennoch könne nicht alles die kommunale Integrationsbeauftragte lösen. Es sei komplizierter mit Sprachkursen insbesondere, wenn diese kostenfrei sein sollen, hier könne man individuell auf den Einzelfall schauen.

Frau Schüler merkt an, dass sich **Frau Dr. Kannengießer** dazu melden könne, um das Anliegen prüfen zu lassen.

Weitere Anmerkungen gibt es nicht.

8. Beratung zum Beschluss des Kreistages zum Dringlichkeitsantrag der Kreistagsfraktionen DIE LINKE, CDU+: "Erhalt der Geburtshilfe in Stralsund - Solidarität mit den Beleghebammen im Krankenhaus Stralsund"

Herr Heusler sagt über das Gespräch mit dem Geschäftsführer des Helios-Klinikums, dass es intensive Gespräche gegeben habe. Die Geburtshilfe sei in Stralsund nicht akut gefährdet. Eine Einigung, wie man arbeiten könne, sei gegeben.

Das Rederecht wird **Frau Köppen** erteilt.

Frau Köppen berichtet, dass die Geburtshilfe nicht akut gefährdet sei, dennoch nicht in trockenen Tüchern. Der neue Hebammenhilfevertrag, bei dem mit den großen Einbußen zu rechnen sei (15 bis 30 Prozent), habe gestartet. Es sei fünf Monate mit Helios verhandelt worden, dazu gebe es Probleme mit der Eingruppierung. Eine kontinuierliche Betreuung von 8 bis 20 Uhr mit wenig Kollegenwechsel solle gewährleistet sein. Das 2-Schicht-System mit 12h sei schwierig umsetzbar nach dem Arbeitszeitschutzgesetz. Das System nach dem 2-Schicht-System birgt viele Vorteile für die Frauen und Kollegen. Es gebe jetzt einen Zuschuss zum Kooperationsvertrag, eine sogenannte Ausgleichszahlung für erwartetes Minus. Hier werde ein Teil gar nicht abgedeckt. Dies betreffe den ambulanten Teil, z. B. den Kreissaal. Der Kreissaal sei die Notaufnahme für jede Schwangere, auch in der Frühschwangerschaft. Dies werde durch den neuen Vertrag nicht vergütet. Hier werde das große Minus erwartet und man gehe jetzt in eine Versuchsphase.

Frau Meyer ergänzt, in Gesprächen zu den Verhandlungen zu sein. Das Interesse sei auf beiden Ebenen da.

Frau Köppen berichtet, der Wille sei da, dass alle Hebammen in ein System kommen, sowie, dass dies schon Auswirkungen mit sich bringe und Kollegen gegangen seien. Das 666. Baby sei geboren und man könne das Geschäft aufrechterhalten. Der Austausch mit Herrn Heusler sei da.

Herr Kuhn hinterfragt außerhalb der politischen Unterstützung, ob es andere kommunale Möglichkeiten gebe, zu unterstützen.

Frau Köppen teilt mit, dass sie nur dafür werben könne, dass der Anfang des Lebens wichtig sei. Frau Köppen teilt mit, seit 26. September 2025 Vorsitzende des Landeshebammenverbandes zu sein. Wenn Einrichtungen auf kommunaler Ebene Großräumlichkeiten für Hebammen zur Verfügung stellen können, wäre dies eine mögliche Unterstützung.

Herr Kuhn sagt, dass hier der Landkreis ggf. eine Abfrage machen könne.

Herr Heusler sagt, dass alle zwei Jahre die Hebammen vom Landkreis zum Austausch eingeladen werden.

Frau Köppen schätzt dies sehr, da es bei keinem anderen Landkreis in MV der Fall sei.

Frau Meyer antwortet auf die Frage von Frau Dr. Kannengießer zu den Sicherstellungszuschlägen, dass diese krankenhausbezogen seien und ergänzt, dass sich diese Zuschläge auf die Häuser beziehen.

Frau Köppen ergänzt, dass der Kooperationsvertrag mit Helios in der Refinanzierung sei.

Herr Heusler berichtet, dass es das Signal zum Antrag auf Förderung mit Unterstützungsschreiben vom Landkreis zur Freigabe der Gelder vom Land gegeben habe.

Frau Köppen merkt an, dass es nur den Kreissaal als einzigen im Landkreis gebe und nicht alle Schwangeren nach Greifswald können. Sie sagt, dass die Eilklage am Laufen sei und das Ergebnis in den nächsten drei Tagen erwartet werde.

Herr Heusler sagt, dass diese Informationen im Vorfeld gegeben zu haben, eine gute Lösung sei.

Frau Meyer ergänzt, den Sachstand in den Bericht des Landrates mit einzuarbeiten.

9. Bericht der Arbeitsgruppe im Rahmen der ärztlichen/zahnmedizinischen Versorgung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit

Frau Dr. Schmutzer berichtet über den Antrag der AfD-Fraktion sowie die ersten Schreiben der Teilnehmer. In sämtlichen Rückmeldungen gehe es vorrangig darum, die ärztliche Versorgung durch eine Steigerung der Attraktivität des ländlichen Raumes zu verbessern. Das neue Modell HERA-MV werde positiv eingeschätzt, da künftig medizinische Fachangestellte wie z. B. Pflegekräfte zusätzliche Aufgaben in strukturschwachen Regionen übernehmen könnten, um eine Entlastung der Ärztinnen und Ärzte zu ermöglichen.

Es sei Aufgabe, hierfür geeignete Rahmenbedingungen zu schaffen. Als Landkreis könne man nur begrenzt Einfluss nehmen, außer eben Rahmenbedingungen zu gestalten, etwa indem geprüft werde, wo künftig Versorgungsdefizite auftreten könnten. Zudem sei es von Bedeutung, die Ärzteschaft von bürokratischen Belastungen zu entlasten.

Herr Heusler ergänzt, dass im Kreistag bereits eine Strategie beschlossen worden sei, diese jedoch noch in die Breite getragen werden müsse. Es sei wichtig, verstärkt Prävention zu betreiben. Zudem müsse geprüft werden, was jeder Einzelne hierzu beitragen könne. In diesem Zusammenhang unterbreitet Herr Heusler einen konkreten Vorschlag, für den jedoch Unterstützung benötigt werde.

Durch die Paktmittel habe Herr Heusler eine befristete Ausbildungsarztstelle bis 2026 einrichten können, über die bereits mehrere Ärzte ihre Ausbildung absolviert hätten. Frau Dr. Proksch habe sich in Prohn niedergelassen, die ein Jahr die Allgemeinmediziner-Ausbildung bei Herrn Heusler absolviert habe. Frau Mittelbach, werde die Praxis ihres Vaters in Binz übernehmen und müsse diese noch absolvieren. Derzeit sei die Stelle mit einer Ärztin besetzt, die den Facharzt für öffentliches Gesundheitswesen erwerbe, die die Einrichtung aber spätestens bis 2026 verlassen müsse, da die Stelle auslaufe. Er betone, dass dauerhaft eine Stelle benötigt werde, die ausschließlich für Ausbildungsassistentinnen und -assistenten vorgesehen sei, da die bestehenden Arztstellen für feste Aufgaben eingeplant seien.

Bis 2026 sei die Finanzierung für Paktmittel gesichert; es stelle sich jedoch die Frage, ob die Stelle ab 2027 in den Stellenplan übernommen werden könne. Die Kinderärztin habe nochmal verlängert und dies würde auf Allgemeinmedizin anerkannt werden.

Frau Meyer erläutert, es sei erkennbar, dass diese Personen anschließend eine Bindung an die Region entwickeln, sofern es gelinge, dass dies einen positiven Beitrag des Landkreises bedeute.

Auf die Frage von **Frau Dr. Schmutzer**, wie diese Stelle finanziert werde, führt **Herr Heusler** aus, dass die Finanzierung durch Paktmittel erfolge.

Frau Dr. Schmutzer merkt an, man könne zudem das Gespräch mit der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) suchen.

Herr Heusler unterstützt diesen Vorschlag und sagt, dies ebenfalls nochmals bei der KV anzubringen, um den aktuellen Sachstand zu erfassen.

Frau Knäbe ergänzt, dass es hier wichtig sei, das Signal zu erhalten, bis wann diese Thematik in die 5 vorgesehenen Sitzungen mit eingebracht werden sollte.

Frau Dr. Schmutzer merkt an, dass die Sache mit dem Strategiekonzept, zum Bürgermeisterwochenende hier in die Gespräche mit reinzugehen, positiv sei und man dies entsprechend vorbereiten könne. **Frau Dr. Schmutzer** ergänzt, dass man Personen ausbilden müsse, die aus unserem Land kommen, da diese eine Bindung zur Heimat haben und im Land bleiben, und dass man dies auch an die Universitäten im Land kommunizieren müsse.

Herr Heusler führt aus, dass die Universität HGW ein Programm entwickelt habe und dieses der Ärztekammer vorgestellt worden sei. Mit dem Numerus clausus (NC) gebe es wenige aus MV, auch mit einem NC von 1,0, die Berücksichtigung finden. Die Uni HGW habe einen hohen Satz der Selbstvergabe, alles von 1,0 bis 1,5 werde gleichgesetzt. Es gebe keine Wertung mehr. Ein soziales Jahr würde den NC um 0,1

verbessern, sowie ein Praktikum bei einem Arzt im medizinischen Bereich könne den Schnitt um 0,2 Punkte verbessern. Zusätzlich sei ein zweites Praktikum möglich.

Herr Heusler berichtet über die jüngste Niederlassung eines Arztes in Bergen auf Rügen mit Jahrgang 1993. Eine Augenärztin lasse sich in Grimmen nieder. Man sehe, dass sich noch einige Ärzte in unserem Land niederlassen. Die Anzahl der niedergelassenen Ärzte sei noch nie so hoch gewesen. Hier sei auch die Work-Life-Balance bei den Ärzten angekommen.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

10. Abstimmung der Sitzungstermine des Ausschusses für Soziales und Gesundheit für 2026

Der Ausschuss für Soziales und Gesundheit nimmt die Sitzungstermine für das Jahr 2026 zur Kenntnis.

11. Anfragen

Anfragen werden nicht gestellt.

12. Mitteilungen

Frau Dr. Braun berichtet, dass der bevorstehende Termin, der Internationale Tag gegen Gewalt an Frauen am 25. November 2025, anstehe. Sie führt weiter aus, es gebe zahlreiche Arbeitsgruppen, Workshops und Veranstaltungen, die auf der Homepage des Landkreises Vorpommern-Rügen eingesehen werden können. Zudem erklärt **Frau Dr. Braun**, dass weitere Termine geplant seien, um präventiv im Land aktiv werden zu können.

Weitere Mitteilungen werden nicht vorgetragen.

Frau Dr. Schmutzer beendet den öffentlichen Teil der Ausschusssitzung und bittet die Nichtöffentlichkeit herzustellen.

08.12.2025, gez. Dr. Doris Schmutzer

Datum, Unterschrift

Dr. Doris Schmutzer

1. stellvertretende Ausschussvorsitzende

08.12.2025. gez. Hannes Arndt

Datum, Unterschrift

Hannes Arndt

Protokollführer

Eckpunkte zum Haushaltsplanentwurf 2026

Ausschuss für
Soziales und Gesundheit
4. November 2025

1



LANDKREIS
VORPOMMERN-RÜGEN
wir nordeln.

Finanzhaushalt 2026 und Folgejahre

in EUR	vorl. IST 2024	Plan 2025	Plan 2026	F-Plan 2027	F-Plan 2028	F-Plan 2029
Summe der laufenden Einzahlungen	558.099.827	592.962.000	600.503.600	599.534.600	619.222.900	629.112.000
Summe der laufenden Auszahlungen	576.839.070	649.946.400	681.637.500	688.830.400	707.720.700	730.022.600
Jahresbezogener Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen vor planmäßiger Tilgung	-18.739.243	-56.984.400	-81.133.900	-89.295.800	-88.497.800	-100.910.600
Auszahlungen für planmäßige Tilgung von Krediten für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	3.634.053	4.709.500	5.637.800	6.413.400	7.002.800	5.975.100
Jahresbezogener Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen	-22.373.296	-61.693.900	-86.771.700	-95.709.200	-95.500.600	-106.885.700
nachrichtlich:						
Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen zum 31. Dezember des Haushaltsvorjahres	22.373.296	0	61.693.900	-148.465.600	-244.174.800	-339.675.400
Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen zum 31. Dezember des Haushaltsjahres	0	61.693.900	-148.465.600	-244.174.800	-339.675.400	-446.561.100

3



LANDKREIS
VORPOMMERN-RÜGEN
wir nordeln.

Ergebnishaushalt 2026 und Folgejahre

in EUR	vorl. IST 2024	Plan 2025	Plan 2026	F-Plan 2027	F-Plan 2028	F-Plan 2029
Summe der Erträge	564.870.814	609.483.700	635.373.900	630.526.800	650.703.700	661.171.400
Summe der Aufwendungen	593.947.397	675.958.400	716.193.700	730.796.000	750.897.900	775.360.500
Jahresergebnis (Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag) vor Veränderung der Rücklagen	-29.076.584	-61.711.500	-80.819.800	-100.269.200	-100.194.200	-114.189.100
Einstellung in die Kapitalrücklage	211.905	0	0	0	0	0
Entnahme aus der Kapitalrücklage	6.618.204	772.300	7.140.400	6.037.700	5.800.100	5.780.900
Jahresergebnis (Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag)	-22.670.285	-60.939.200	-73.679.400	-94.231.500	-94.394.100	-108.408.200
nachrichtlich:						
Ergebnisvortrag aus dem Haushaltsvorjahr	65.894.483	43.224.198	-17.715.002	-91.394.402	-185.625.902	-280.020.002
Ergebnis (Überschuss/Fehlbetrag) zum 31. Dezember des Haushaltsjahres	43.224.198	-17.715.002	-91.394.402	-185.625.902	-280.020.002	-388.428.202

2



LANDKREIS
VORPOMMERN-RÜGEN
wir nordeln.

Haushaltslage 2026

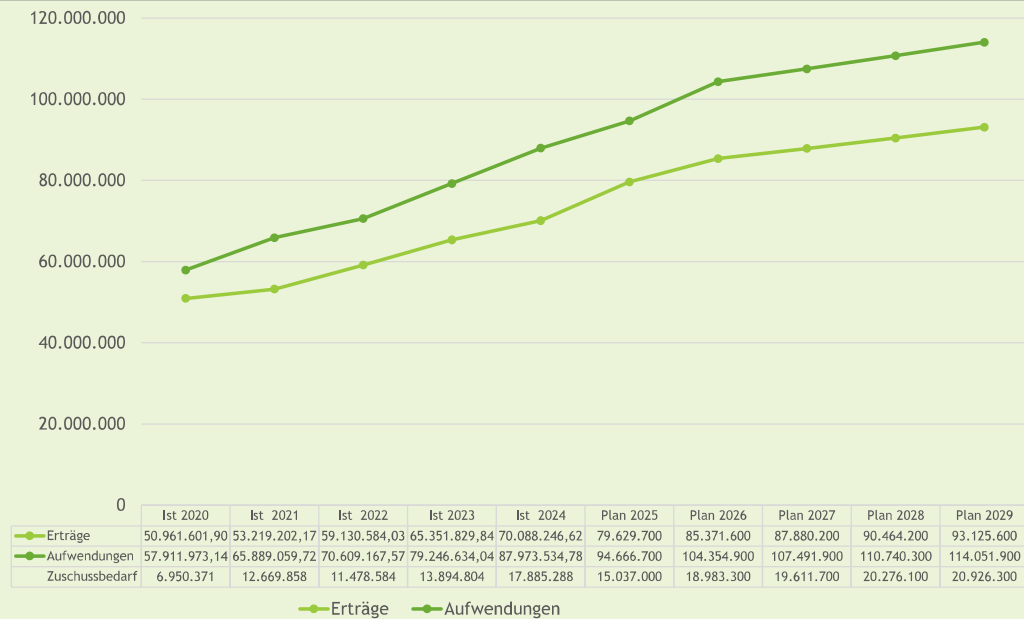
- Kostensteigerungen durch Tarifabschlüsse und Inflation
→ erhöhter Druck auf die Personal- und Sachausgaben
- Kostensteigerungen in der Sozial- und Jugendhilfe
→ dynamischer Aufwuchs bei den Transferausgaben
- Baukosten- und Investitionsrisiken
→ Verzögerungen oder Mehrkosten bei großen Infrastrukturprojekten
- Kreisumlagepotenzial begrenzt durch die finanzielle Lage der Gemeinden
→ Einnahmesteigerungen über die KU kaum möglich
- KUhebesatz von 43,5 % berücksichtigt (2025: 42,09%)
- wenig beeinflussbare Ausgabenanteile
→ Spielraum auf der Ausgabenseite zunehmend ausgeschöpft

5



LANDKREIS
VORPOMMERN-RÜGEN
wir nordeln.

Entwicklung der Erträge und Aufwendungen der Produktgruppe 314 (Eingliederungshilfe nach dem SGB IX)



10

Entwicklung FAG-Zuweisungen und weiterer wichtiger Erträge

in EUR	vorl. Ist 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
Schlüsselszuweisungen (§ 19 FAG)	54.835.598	55.976.600	45.805.900	38.998.200	45.992.200	45.915.100
üWk (§ 22 (2) S. 1 Nr. 4 FAG)	19.986.367	19.990.900	23.600.000	23.600.000	23.600.000	23.600.000
üWk Kataster (§ 22 (2) S. 1 Nr. 5 FAG)	4.777.711	4.782.000	5.045.000	5.045.000	5.045.000	5.045.000
ISP (§ 23 FAG)	5.745.317	5.803.700	5.803.700	5.803.700	5.803.700	5.803.700
Kreisumlage (§ 30 FAG)- Hebesatz 42,09% (43,50 % ab 2026)	121.886.365	126.437.400	136.077.300	134.165.400	141.167.700	143.931.100
Finanzausgleichsumlage (§ 29 FAG)	1.235.275	852.800	966.000	966.000	909.000	909.000
Sonderhilfen ukrainische Kriegsvertriebene (§ 24b FAG)	64.503	64.500	77.900	77.900	77.900	77.900
weitere wichtige Erträge						
Wohngeldeinsparung des Landes M-V	6.228.210	6.228.000	5.330.000	4.461.000	3.593.000	2.724.000
Sonderbundesergänzungszuweisungen (SoBEZ)	1.308.301	1.308.000	571.600	571.600	571.600	571.600
Mehrbelastungsausgleich (§ 28 AufGzuordG M-V)	105.798	105.700	105.700	105.700	105.700	105.700

19

Stellenplan 2026

- Stellenkürzung um insgesamt 9,575 VZÄ (18,825 VZÄ Abbau und 9,250 VZÄ neu eingerichtet)
- Allgemeine Entwicklung im Land

Personal- u. Versorgungsaufwendungen							
in EUR	LRO	LUP	MSE	NWM	VG	VR	Ø
Ist 2024	78.857.709	90.694.051	89.378.225	59.778.507	89.123.481	78.293.349	81.020.887
Stellen in VZÄ	1.172,245	1.229,30	1.233,138	907,585	1.293,8864	1.095,368	1.155,253
in EUR/EW	360,44	423,49	360,78	380,37	375,76	362,18	377,17

18

Kreisumlagenvergleich in M-V

Landkreis (LK)	Kreisumlage- grundlagen 2025 in TEUR	Kreisumlage- hebesatz 2025 in % (Hebesatz 2026)	Kreisumlage 2025 in TEUR	Kreisumlage je EW in EUR
LK Mecklenburgische Seenplatte	355.472	43,294 (*43,294)	153.898	621,62
LK Rostock	296.152	43,570 (43,570)	129.033	589,79
LK Vorpommern-Rügen	300.399	42,090 (*43,500)	126.438	584,89
LK Nordwestmecklenburg	209.882	43,500 (*43,500)	91.299	580,93
LK Vorpommern-Greifswald	320.471	45,500 (*45,500)	155.428	687,19
LK Ludwigslust-Parchim	285.514	42,500 (*45,000)	121.343	579,56
Gesamtsumme	1.767.890		777.440	
gewogener Kreisumlagehebesatz		43,976		609,64



für 2026 liegen noch keine Orientierungsdaten vor
*noch nicht beschlossen

21

Auszahlungen für wesentliche Investitionen in EUR

	2024	2025	2026	2027	2028	2029
Einzahl.	24.753.668	36.425.400	29.828.300	28.762.100	30.064.600	16.816.300
Auszahl.	22.970.905	53.098.900	77.951.300	48.778.900	41.972.700	20.239.400
Saldo	1.782.763	-16.673.500	-48.123.000	-20.016.800	-11.908.100	-3.423.100
	2024	2025	2026	2027	2028	2029
ISVB	147.448	3.507.000	1.426.000	0	0	0
Brand-schutz	2.578.418	4.468.700	7.666.200	10.297.100	8.258.300	4.333.700
Schulen (einschl. Digipakt)	3.635.043	1.510.100	7.972.200	7.907.800	2.345.100	667.400
Campus	2.377.566	2.004.400	14.691.500	10.640.200	21.206.800	4.275.000
Breitband	4.475.535	7.520.000	0	0	0	0
Standort-konzept	1.538.248	0	16.882.600	3.102.000	81.200	0
FTZ	0	0	3.883.500	7.063.800	9.672.700	5.235.800
Kreis-straßen	1.522.434	5.451.600	5.537.100	5.608.200	5.739.700	4.963.200

Ausblick

- 3.11.2025 bis 18.11.2025 Beratungen in den Fachausschüssen
- 19.11.2025 HFA (mit Kreisumlageabwägung)
- 24.11.2025 Kreisausschuss
- 15.12.2025 Beschlussfassung im KT
- HASIKO ab 2026 nach § 43 Abs. 7 KV-MV notwendig
- HASIKO wird ein strukturelles Defizit nicht ausgleichen
- HASIKO Beschluss durch den Kreistag erforderlich und für der Kreistag im März 2026 vorgesehen

Zusammenfassung derzeitiger Planungsstand

- Eingeflossen sind bereits:
 - akribische Prüfung aller Möglichkeiten einer Aufwandsreduzierung bzw. einer Ertragssteigerung
 - Priorisierung der Investitionsmaßnahmen unter Beachtung der benötigten Ressourcen
 - Offen ist noch der Orientierungsdatenerlass des Landes
 - Die Herbststeuerschätzung ist noch nicht eingearbeitet
- Beratungen mit den Mitgliedern der AG des HFA vom 06.10.2025 bis 9.10.2025 erfolgt

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Haushalt 2026

Fachdienst Soziales
FG 21.10 Sozialplanung

Vorstellung im Ausschuss für Soziales und
Gesundheit am 4. November 2025

(Stand 29.10.2025)



LANDKREIS
VORPOMMERN-RÜGEN
wir nordeln.

5 Deckungskreise

1311/1312	Interne Leistungsverrechnung/Umlagen
2101/2102	Aufwendungen/Auszahlungen Verwaltungskosten
2105/2106	Soziale Leistungen
2109/2110	Pflegestützpunkte (PSP)
2113/2114	Projektförderung



LANDKREIS
VORPOMMERN-RÜGEN
wir nordeln.

Der Fachdienst Soziales ist dem

Teilhaushalt 2

zugeordnet.

2



LANDKREIS
VORPOMMERN-RÜGEN
wir nordeln.

Sozialhilfefinanzierung

Mit Inkrafttreten des AG SGB IX M-V und AG SGB XII M-V wurde die Sozialhilfefinanzierung neu geregelt.

Gemäß § 12 Abs. 2 AG SGB IX M-V und § 17 Abs. 2 AG SGB XII M-V wird den Landkreisen 82,5 von Hundert der Jahresnettoauszahlungen für Leistungen nach Teil 2 SGB IX und nach dem Dritten, Fünften und Siebten bis Neunten Kapitel SGB XII erstattet. 17,5 Prozent verbleiben somit als Kosten des Landkreises.



LANDKREIS
VORPOMMERN-RÜGEN
wir nordeln.

Produkte, die nach AG SGB XII zu 82,5 % der Nettoaufwendungen erstattet werden:

3110100	Hilfe zum Lebensunterhalt (HzL)
3110200	Hilfe zur Pflege (HzP)
3110205	Teilstationäre Pflege
3110206	Vollstationäre Pflege
3110207	Kurzzeitpflege
3110209	Hilfe zur Pflege außerhalb von Einrichtungen
3110400	Hilfe zur Gesundheit
3110500	Sonst. Hilfen in anderen Lebenslagen
3110800	Kostenerstattung an Krankenkassen § 264 SGB V

Produkte, die nach AG SGB IX zu 82,5 % der Nettoaufwendungen erstattet werden:

3140100	Erträge und Aufwendungen der Eingliederungshilfe SGB IX
3140101	Leistungen zur medizinischen Rehabilitation
3140102	Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben
3140103	Leistungen zur Teilhabe an Bildung
3140104	Leistungen zur sozialen Teilhabe
3140105	Sonderregelung für Minderjährige
3140106	Sonderregelung für Volljährige

Die Produkte der Eingliederungshilfe binden das höchste Finanzvolumen des Sozialhaushaltes.

5



LANDKREIS
VORPOMMERN-RÜGEN
wir Norden.

Weitere Produkte

3110700	Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (4. Kapitel SGB XII) - Bundesauftragsverwaltung - 100 % Erstattung der Nettoaufwendungen
3110900	KSV
3310000	Wohlfahrtspflege, WoftG, Begegnungsstätten
3430000	Betreuungsleistungen z. B. Betreuungsvereine
3510000	Sonstige soziale Hilfen und Leistungen
3510001	Fachaufsicht Wohngeld - Sachkosten
3510002	PSP 2/3 Finanzierung; pauschale Förderung durch das Land i. H. v. 41.600 € pro PSP

6



LANDKREIS
VORPOMMERN-RÜGEN
wir Norden.

Haushaltsplan 2026 - FD Soziales

	<u>Plan 2025</u>	<u>Plan 2026</u>	<u>Abweichung</u>
Aufwand:	145.132.400	167.932.100	22.799.700
Ertrag:	126.667.600	143.732.300	17.064.700
Zuschuss:	18.464.800	24.199.800	5.735.000

7



LANDKREIS
VORPOMMERN-RÜGEN
wir Norden.

8



LANDKREIS
VORPOMMERN-RÜGEN
wir Norden.

Im Vergleich zum Plan 2025 besteht beim Planansatz 2026 ein um 5.735.000 € erhöhter Zuschussbedarf.

Es werden für Aufwendungen 22.799.700 € mehr (hauptsächlich in der Eingliederungshilfe) benötigt.



Eingliederungshilfe nach dem SGB IX

	<u>Plan 2025</u>	<u>Plan 2026</u>	<u>Abweichung</u>
Aufwand:	92.013.500	101.484.600	9.471.100
Ertrag:	79.628.300	85.371.400	5.743.100
Zuschuss:	13.768.900	17.466.300	3.697.400

(nur DK 2105, keine Verwaltungs- und Projektkosten)



Die Kostensteigerungen können durch Mehreinnahmen, hauptsächlich aus der Sozialhilfefinanzierung des Landes (AG SGB IX M-V und XII M-V), teilweise aufgefangen werden.

Dies sind 82,5 % der Nettoaufwendungen auf der Grundlage des § 12 AG SGB IX M-V und § 17 AG SGB XII M-V.



Eingliederungshilfe nach dem SGB IX

- Eingliederungshilfe bindet das höchste Finanzvolumen
- Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) brachte zahlreiche Verbesserungen für Menschen mit Behinderung (oder von Behinderung bedrohte Menschen) mit sich
- Umsetzung des BTHG bedeutet aber auch Kostensteigerungen (z. B. schrittweise Erhöhung der Einkommens- und Vermögensfreigrenzen, Wunsch- und Wahlrecht, Qualität)
- bisherige Vereinbarungen mit Leistungserbringern mussten bzw. müssen an die neuen Anforderungen angepasst werden



Eingliederungshilfe nach dem SGB IX

- auch Leistungserbringer, die lange nicht neu verhandelt hatten, mussten bzw. müssen dies nunmehr tun
- sog. Überleitungsvereinbarungen waren bzw. sind zunächst auf Grund pauschaler Steigerungen der Personal- und Sachkosten kostenintensiver als bisher
- im Landkreis V-R wurden zum Zeitpunkt der Planung ca. 85 % der Leistungen neu verhandelt; dies ist mit deutlichen Kostensprüngen verbunden
- Rechtsgrundlage für die neuen Leistungsvereinbarungen ist der (zunächst per Rechtsverordnung Ende 2019 in Kraft gesetzte) Landesrahmenvertrag nach § 131 Abs. 1 SGB IX für Leistungen der EGH (RVO LRV)

13



LANDKREIS
VORPOMMERN-RÜGEN
wir handeln.

Hilfe zur Pflege nach dem SGB XII

Die Aufwendungen in der Hilfe zur Pflege erhöhen sich im Vergleich zum Plan 2025 um 9.904.600 €.

Insbesondere die Erhöhung der Pflegesätze, dies hauptsächlich in den Pflegeheimen (Fachkräfteschlüssel, Tarifbindung etc.), ist hierfür die Ursache.

Weitere kostensteigernde Faktoren sind:

- durch das steigende Lebensalter werden immer mehr Menschen pflegebedürftig
- fehlende Angehörigenpflege
- Kostenverhandlungen mit teilweise 100%iger Steigerung
- niedrige Renten und höhere Vermögensschonbeträge

15



LANDKREIS
VORPOMMERN-RÜGEN
wir handeln.

Hilfe zur Pflege nach dem SGB XII

	<u>Plan 2025</u>	<u>Plan 2026</u>	<u>Abweichung</u>
Aufwand:	16.945.000	26.849.600	9.904.600
Ertrag:	14.047.100	22.239.600	8.192.500
Zuschuss:	2.897.900	4.610.000	1.712.100

(nur DK 2105, keine Verwaltungskosten)

14



LANDKREIS
VORPOMMERN-RÜGEN
wir handeln.

Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege

	<u>Plan 2025</u>	<u>Plan 2026</u>	<u>Abweichung</u>
Aufwand:	2.961.300	3.002.100	40.800
Ertrag:	842.200	823.600	- 18.600
Zuschuss:	2.119.100	2.178.500	59.400

(nur DK 2105, keine Verwaltungskosten)

16



LANDKREIS
VORPOMMERN-RÜGEN
wir handeln.

Hier werden abgebildet:

- Zuweisungen und Zuschüsse an Begegnungsstätten (541,5 T€)
- freiwillige Zuschüsse an Vereine und Verbände (120 T€)
- Leistungen aus der Umsetzung des Wohlfahrtsfinanzierungs- und -transparenzgesetzes (WoftG M-V) (1.976 T€)
- Zuweisungen an Frauenschutzhäuser, Schwangerschaftsberatungsstellen und Beratungsstellen häusliche Gewalt (354,5 T€)
- Zuweisungen und Zuschüsse für kommunale Beteiligung an Förderprojekten nach § 45c SGB XI von mindestens 25 % der beantragten Fördersumme (10 T€)

- WoftG M-V bedeutet: inhaltliche Ausgestaltung und Finanzierung der Beratungslandschaft reformiert
- die soziale Beratung und die Gesundheitsberatung wird von den Landkreisen als pflichtige Aufgabe des eigenen Wirkungskreises wahrgenommen



Haushaltsplanung FD 35
(Ausländer- und Asylrecht)
2026

Planentwurf 2026

	Plan 2025	Planentwurf 2026
Mitarbeiterstellen im FD:		54 (besetzt 51)
Erträge	35.406.000 €	38.764.300
Aufwendungen	35.839.600 €	39.322.400
Saldo	-433.600 €	-558.100 €

Fachgebiet Ausländerrecht

	Jan 25	Feb 25	Mrz 25	Apr 25	Mai 25	Jun 25	Jul 25	Aug 25	Sep 25
ausländische Personen gesamt, davon:	16.978	16.990	17.102	17.121	17.173	17.249	17.384	17.429	17.490
EU/EWR-Bürger ohne erfassten Aufenthaltsstatus	5.287	5.248	5.243	5.251	5.272	5.297	5.324	5.326	5.330
Asylbewerber und geduldete Ausländer	2.473	2.448	2.408	2.342	2.315	2.271	2.213	2.172	2.154
ukrainische Flüchtlinge	3.172	3.271	3.327	3.320	3.362	3.373	3.427	3.453	3.490

Produkt 1110800 - Integration → ab 01.01.2025 dem FB3 zugeordnet

- Die Aufgaben im Bereich Integration liegen vor allem in der Koordinierung der Integration von Flüchtlingen und Migranten in die Gesellschaft, insb. in der Mitwirkung bei der Strukturierung der Integrationsangebote im Landkreis und der Initiierung zur Schaffung oder Verknüpfung von weiteren Netzwerken mit Gemeinden, Behörden und sonstigen Unterstützern innerhalb und außerhalb des Landkreises.

PSK	Planentwurf 2026
Produkt 1110800 - Integration	
Erträge	0
Aufwendungen	128.900
Saldo	-128.900

Produkt 1220302 - Staatsangehörigkeiten und Einbürgerungen

- ❖ Das Produkt Staatsangehörigkeiten und Einbürgerungen beinhaltet die abschließende Bearbeitung der Anträge auf Einbürgerung, Entlassung bzw. Feststellung der deutschen Staatsbürgerschaft.
- ❖ zum 30.10.2025 wurde die „Turbobürgerung“ nach 3 Jahren abgeschafft

PSK	Bezeichnung	Plan 2025	Planentwurf 2026
Produkt 1220302- Staatsangehörigkeiten und Einbürgerungen			
Erträge		70.000	74.000
Aufwendungen		6.800	5.100
Saldo		63.200	68.900

Übersicht Einbürgerungen

Jahr	Anträge	Einbürgerungen
2020	58	28
2021	151	67
2022	250	180
2023	284	194
2024	255	133
2025	324	145

Insgesamt offene Anträge:	406
vereinbarte Termine:	134
terminiert bis:	Apr 26

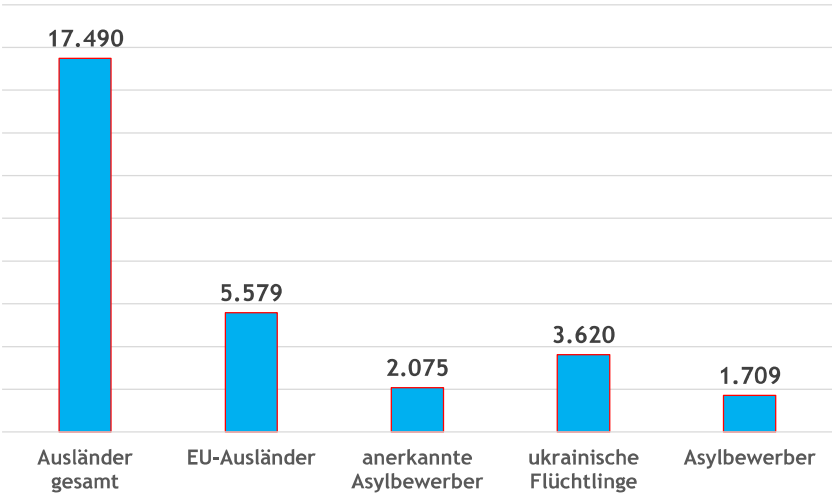
Fallzahlen zum 30.09.2025

Produkt 1220500 - Aufenthaltsrecht von Ausländern (einschließlich Asylbewerber und Flüchtlinge)

- ❖ Im Produkt Aufenthaltsrecht für Ausländer werden die Erträge und Aufwendungen geplant, die im Zusammenhang mit der Erteilung, Rücknahme und Verlängerung von Aufenthaltstiteln von Ausländern, Asylbewerbern und Flüchtlingen anfallen. Auch hier sind Erträge in Form von Gebühren für die Erteilung von Bescheiden zu verzeichnen.

PSK	Bezeichnung	Plan 2025	Planentwurf 2026
Produkt 1220500- Aufenthaltsrecht von Ausländern (einschließlich Asylbewerber und Flüchtlinge)			
Erträge		159.500	156.500
Aufwendungen		270.500	271.600
Saldo		-111.000	-115.100

Ausländer im Landkreis Vorpommern-Rügen



. derzeit leben im Landkreis 633 ausreisepflichtige Ausländer

Monat	freiwillige Ausreise	erfolgreiche Abschiebungen	fehlgeschlagene Abschiebungen
Januar	2	1	
Februar	2	5	5
März	7		3
April	7	3	4
Mai	12	4	2
Juni	6	7	2
Juli	1	1	1
August	12	1	2
September	3	1	2
Oktober	8	1	3
insgesamt	60	24	24

Aufnahme 2025

	Jan 25	Feb 25	Mrz 25	Apr 25	Mai 25	Jun 25	Jul 25	Aug 25	Sep 25	Okt 25	Nov 25	Dez 25	Σ
Asylbewerber	60	33	16	14	21	6	9	6	4	18			187
Spätaussiedler	4		2		8				5				19
ukr. Flüchtlinge aus EAE		14	23					6	8	47			98
ukr. Flüchtlinge nicht EAE	32	44	18	31	26	52	34	39	83	64			423
gesamt:	96	91	59	45	55	58	43	51	100	129	0	0	727

- Nationalitäten überwiegend Afghanistan, Syrien, Irak, Somalia, Iran, Russische Föderation

- Aktuell bewirtschaftet der Landkreis Vorpommern-Rügen

- 13 Gemeinschaftsunterkünfte und
- 2 Flüchtlingsunterkünfte

und hat 497 Wohnungen angemietet, davon

- 375 für ukrainische Geflüchtete und
- 122 für Asylbewerber

Gemeinschaftsunterkünfte/Flüchtlingsunterkünfte:

zentrale Unterkünfte	Plätze	Asylbewerber	Ukrainer	Auslastung rechnerisch	Auslastung nach freien Plätzen
GU Ahrenshagen, Plummendorfer Str. 4	121	81	0	67%	69%
GU Barth, Bertolt-Brecht-Str. 8-12	349	222	0	64%	94%
GU Bergen, Markt 27	150	107	0	71%	85%
GU Körkwitz, An der Bäderstr. 22	79	52	0	66%	85%
GU Parow, Pappelallee 1 (alt 24)	122	19	0	16%	80%
GU Sassnitz, Straße der Jugend 7	50	21	2	46%	40%
GU Stralsund III, Tribseer Damm 78	177	131	0	74%	78%
GU Stralsund, Vilmer Weg 3	199	117	0	59%	90%
GU Tribsees, Willi-Braun-Str. 17	108	100	0	93%	74%
GU Stralsund IV, Ummanzer Str. 4	166	123	0	74%	80%
GU Franzburg, Platz des Friedens 16-20	159	81	0	51%	57%
GU Wendorf, Waldweg 1	83	42	0	51%	55%
GU Niepars, Friedensstr. 10a-11b	73	36	0	49%	33%
gesamt GU	1.836	1.132	2	56%	67%
FU Stralsund, Ummanzer Str. 2	211	34	104	65%	100%
FU Zingst	84	33	28	73%	86%
Gesamt FU	295	67	132	69%	83%

dezentrale Unterbringung	Asylbewerber	ukrainische Geflüchtete	belegte Plätze	freie Plätze
Bad Sülze	0	16	25	9
Barth	7	48	64	9
Bergen auf Rügen	3	22	37	12
Franzburg	0	15	18	3
Gingst	0	75	83	8
Grimmen	10	270	299	19
Putbus	0	30	30	0
Ribnitz-Damgarten	38	40	114	36
Richtenberg	0	25	36	11
Sagard	0	66	81	15
Samtens	11	22	33	0
Sassnitz	6	66	73	1
Stralsund	282	277	676	117
Tribsees	21	21	62	20
Velgast	2	19	23	2
Gesamt:	380	1012	1654	262

- Eine Prognose für die weitere Planung ist aufgrund der politischen Weltlage nur sehr schwer zu erstellen.

Produkt 3130100- Leistungen in besonderen Fällen (§ 2 AsylbLG)

- nach 36 Monaten, wenn der Aufenthalt nicht rechtsmissbräuchlich verlängert wurde, haben die Personen Anspruch analog dem SGB XII

PSK	Bezeichnung	Plan 2025	Planentwurf 2026
Produkt 3130100- Leistungen in besonderen Fällen (§ 2 AsylbLG)			
Erträge		2.200.200	1.893.200
Aufwendungen		2.077.800	1.936.400
Saldo		122.400	-43.200



Produkt 3130200- Grundleistungen (§ 3 AsylbLG)

- Regelbedarf und Unterkunftskosten für Asylbewerber und geduldete Ausländer
- grundsätzlich 100 % Erstattung
- 56 Personen bekommen aufgrund fehlender Mitwirkung eingekürzte Leistungen
- Rechtskreiswechsel „Ukrainer“ - Einreise nach dem 01.04.2025 - Umsetzung noch offen
- 196 Anträge auf Chancenaufenthalt § 104 c AufenthG
 - 46 Personen erfüllen bis jetzt nicht die Voraussetzungen auf einen daraus resultierenden Aufenthaltstitel → Duldung → Leistungsbezug nach dem AsylbLG → keine Erstattung nach FIAG

PSK	Bezeichnung	Plan 2025	Planentwurf 2026
Produkt 3130200- Grundleistungen (§ 3 AsylbLG)			
Erträge		10.164.600	13.393.200
Aufwendungen		10.584.900	13.677.800
Saldo		-420.300	-284.600



Produkt 3130300- Leistungen bei Krankheit, Schwangerschaft und Geburt (§ 4 AsylbLG)

- Einführung Gesundheitskarte abgelehnt durch Landkreis

PSK	Bezeichnung	Plan 2025	Planentwurf 2026
Produkt 3130300- Leistungen bei Krankheit, Schwangerschaft und Geburt (§ 4 AsylbLG)			
Erträge		1.750.800	2.128.600
Aufwendungen		1.750.800	2.183.600
Saldo		0	-55.000



Produkt 3130400- Arbeitsgelegenheiten (§ 5 AsylbLG)

Die Arbeitsgelegenheiten (vergütet mit 0,80 € pro Std.) werden für die Aufrechterhaltung der Sauberkeit und Ordnung in den Gemeinschaftsunterkünften genutzt sowie für die Beschäftigung der Bewohner (Fahrradwerkstatt, Kinderbetreuung...)

Derzeit sind durchschnittlich 110 Personen einer internen Arbeitsgelegenheit zugewiesen.

PSK	Bezeichnung	Plan 2025	Planentwurf 2026
Produkt 3130400- Arbeitsgelegenheiten (§ 5 AsylbLG)			
Erträge		70.200	100.100
Aufwendungen		70.200	100.100
Saldo		0	0

Produkt 3130500- Sonstige Leistungen (§ 6 AsylbLG)

Sonstige Leistungen können insbesondere gewährt werden, wenn sie im Einzelfall zur Sicherung des Lebensunterhalts oder der Gesundheit unerlässlich, zur Deckung besonderer Bedürfnisse von Kindern geboten oder zur Erfüllung einer verwaltungsrechtlichen Mitwirkungspflicht erforderlich sind. Die Leistungen sind als Sachleistungen, bei Vorliegen besonderer Umstände als Geldleistung zu gewähren.

PSK	Bezeichnung	Plan 2025	Planentwurf 2026
Produkt 3130500- Sonstige Leistungen (§ 6 AsylbLG)			
Erträge		3.395.300	3.351.300
Aufwendungen		3.397.500	3.351.500
Saldo		-2.200	-200

**Produkt 3150500- Soziale Einrichtungen für Aussiedler und Ausländer**

In diesem Produkt werden die Gemeinschaftsunterkünfte bewirtschaftet.

- Schließung Gemeinschaftsunterkunft Parow zum 31.12.2025 und Wendorf zum 31.01.2026
- Gemeinschaftsunterkunft Sassnitz wird erweitert von 50 auf 180 Plätze

PSK	Bezeichnung	Plan 2025	Planentwurf 2026
Produkt 3150500- Soziale Einrichtungen für Aussiedler und Ausländer			
Erträge		17.595.400	17.667.400
Aufwendungen		17.595.200	17.667.400
Saldo		200	0

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Sollten Sie noch Fragen haben, können Sie sich gerne an mich wenden.



- Aufgaben der Koordinierungsstellen Integration:

- Strategische Vernetzung im Sozialraum mit dem Fokus auf die dauerhafte Integration migrationsbezogener Themen in etablierte Netzwerke
- Koordinierung ehrenamtlicher Initiativen
- Individuelle Hilfestellung für Menschen mit Einwanderungsgeschichte
- Aktivitäten zur Begegnung und Anerkennung kultureller Vielfalt
- Bündelung sozialräumlicher Ressourcen sowie Transfer an relevante Akteure
- Prävention und Bearbeitung von Konflikten im Sozialraum
- Organisation und Teilnahme an den „Runden Tischen Integration“



- Runde Tische Integration dienen als Seismograph im Landkreis für Bedarfe und Veränderungen im Bereich Integration

- Beteiligung und Austausch aller am Thema Migration und Integration beteiligten Akteure (Gemeinden, Kitas, Schulen, Jugendsozialarbeit, Ehrenamt, Familienhilfe, Migrationssozialberatung, Jugendmigrationsdienst, Verwaltung, Ordnungsbehörden, freie Träger, Kirchen uvm.)
- Mind. Quartalsweise in den Sozialräumen Ribnitz-Damgarten, Barth, Stralsund, Grimmen und Rügen
- Das Format der Runden Tische dient der transparenten Kommunikation, der gemeinsamen Lösungsfindung und dem offenen Dialog zu aktuellen Themen und Herausforderungen im Bereich Migration, Integration und kommunale Entwicklung
- Die Runden Tische Integration bedienen die „Soll-Vorschrift“ § 18 InTG M-V zur Gründung kommunaler Beiräte für Migration und Integration

